

pax_zeit

3_2018



**pax
christi**

Internationale Katholische
Friedensbewegung

**Christlich-Muslimischer
Dialog**

Stimmen und Perspektiven zum Frieden in Kolumbien

Blick über den Tellerrand



Fotos: Margaret Buslay

Wandbild in Medellín

Margaret Buslay

Begegnungen in Medellín

In Medellín, der zweitgrößten Stadt, lernten wir auf unserer Begegnungsreise 2018 u. a. die spektakuläre Rolltreppe in einem Randviertel und interessante Wandbilder kennen. Medellín rühmt sich einer Transformation: weg von der gewalttätigsten, hin zur innovativsten Stadt. Engagierte und Sozialforscher erklärten uns, dass sie einige städtische Infrastrukturprojekte schätzen, es aber keine tatsächliche Verbesserung der Perspektiven für die marginalisierte Bevölkerung gebe. Sie fragten, ob es denn schon Frieden sei, wenn die Mordrate sinkt, weil gewalttätige Banden mit den im Hintergrund agierenden Drogenhändlern die Territorien untereinander aufgeteilt haben. Fast alle Stadtviertel würden kontrolliert und illegale Abgaben von Geschäftsleuten und Haushalten zur „Sicherheit“ erpresst. Anzeigen seien lebensgefährlich, die Polizei sei teilweise involviert und die Behörden schauten meistens weg.

Unser Strom kommt auch aus Kolumbien

Die Guajira ist eine Halbwüste im Norden Kolumbiens, die vorwiegend von Wayúu- und Afrogemeinden bewohnt wird. Wir besuchten die größte Mine Lateinamerikas „El Cerrejon“, die den multinationalen Unternehmen Glencore, BHP Billington

und Anglo American gehört. Von dort werden 32 Millionen Tonnen Steinkohle (Stand 2016) exportiert. 20 Prozent der deutschen Kohleimporte stammen aus Kolumbien und werden hier von Energiekonzernen wie RWE und EnBW verstromt. Schon bei der kurzen Besichtigung des riesigen Tagebaus kämpften wir mit der schlechten Luft. Die Bevölkerung dieser zweitärmsten Region des Landes leidet unter den negativen Auswirkungen dessen, was das Unternehmen als „verantwortlichen Bergbau“ verkauft: Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden, Wassermangel, 35 mit Gewalt oder Druck vertriebene Gemeinden, Verlust des Territoriums, der Kultur und bäuerlichen Lebensweise, Hunger und Krankheit. Gemeindeleiter*innen erzählten uns, dass sie wiederholt bedroht wurden, weil sie gewaltfrei mit Hilfe von NGOs für ihre Rechte kämpfen. Sie wollen weitere Schäden wie die Vergrößerung der Mine und die geplante Umleitung des Baches Bruno verhindern. Eine Vertreterin der Wayúu betonte, dass es für sie nur Frieden geben kann, wenn Umwelt und Menschenrechte über die Profitinteressen der Unternehmen gestellt werden.

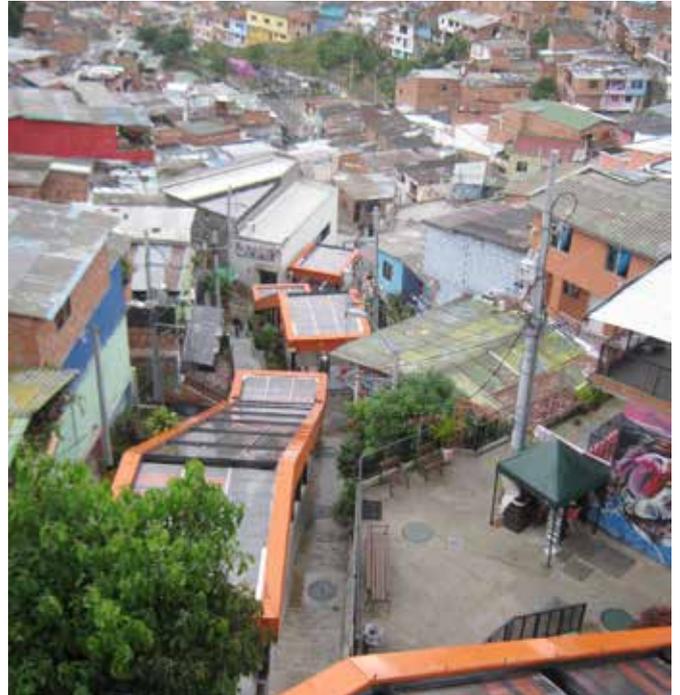
Menschenrechtslage nach den Wahlen

Leider stehen die Chancen für eine solche neue Politik schlecht. Nach den diesjährigen Wahlen dominieren im Kongress die rechten Parteien, die schon unter der Regierung Santos die Umsetzung des Friedensvertrags mit der FARC bekämpften.

Kolumbien – ein Land, reich an vielfältigen Landschaften, Kulturen und Biodiversität. Wo steht der Friedensprozess?

Neu und Hoffnungsträger ist das alternative Bündnis „Humanes Kolumbien“, das mit Petro beachtliche 41,8 Prozent der Stimmen bei der Präsidentschaftswahl erhielt. Die Wahl gewann mit 53,9 Prozent Duque, Zögling des früheren Kriegspräsidenten Uribe. Er will den Vertrag zwar nicht wie zunächst angekündigt „zerreißen“ aber „reformieren“, z. B. im Interesse der Streitkräfte, die eine Sonderjustiz ablehnen. Für Verhandlungen mit der kleineren ELN-Guerilla wird es keine Chancen geben. Schon Santos hatte den Friedensvertrag falsch ausgelegt, indem er viele nicht erfüllte Verpflichtungen des Staates verschwieg. Der Schutz von Engagierten und Menschenrechtsaktivist*innen ist unzureichend, allein in 2017 sind über 180 von ihnen ermordet worden. Erstarkte rechte paramilitärische Einheiten können weiterhin straflos Verbrechen begehen. Der Drogenanbau hat ohne die FARC sehr zugenommen. Trotzdem nahm die Nato Kolumbien im Juni als erstes Land Lateinamerikas als „Partner“ auf. Nun wird das Militär weiter aufgerüstet und kann treu an der Seite der USA auch in anderen Konflikten noch besser geheimdienstlich und militärisch dienen.

Uribe, Santos und Duque gehören zu den reichsten Familien des Landes. Sie betreiben neoliberale Politik zusammen mit ausländischen Investoren: Sie verkaufen Territorien von Indigenen- und Bauerngemeinden für den Bergbau,



Die spektakuläre Rolltreppe verbindet Straßen

Agrarindustrie für den Export und Megastauseen für Energie. Verantwortung für Umwelt und Menschen wird kaum übernommen. Die deutsche Regierung lehnt weiterhin ein Abkommen der Vereinten Nationen mit verbindlichen Menschenrechtsnormen für transnationale Konzerne und Unternehmen und ihre Verantwortung in den globalen Lieferketten ab. Dies wird gefordert von der „Treaty Alliance“, einer Koalition von über 1.000 NGOs. Ein Entwurf wird in der fünften Runde im Oktober in der UN verhandelt.

Was tun?

Aus Deutschland können wir unsere Solidarität mit den von Großprojekten Betroffenen, Waldschützer*innen, Stadtteilkomitees und Frauengruppen, die sich für ein „Buen Vivir – ein gutes Leben“ einsetzen, zeigen, indem wir die Kriterien der ganzheitlichen Ökologie des Hirtenbriefes der lateinamerikanischen Bischofskonferenz – CELAM bekannt machen. Ein schöner Anlass für Gespräche mit euren Wahlkreisabgeordneten.

Margaret Buslay ist Sprecherin der pax christi-Kommission Solidarität Eine Welt.